



»Früh übt sich« – wie die Bundeswehr um unsere Kinder wirbt

Nachricht von Norbert Müller, 17. Februar 2016

Die Kinderkommission des Deutschen Bundestages führt am 17. Februar eine Anhörung zu den Folgen der Militarisierung Minderjähriger in Deutschland durch. Als Experten hat der Vorsitzende der Kinderkommission Norbert Müller, den Journalisten Michael Schulze von Glaßer, den Friedensforscher Marco Krüger und den Traumapsychologe Dr. Tobias Hecker eingeladen.

Schon die letzten beiden Anhörungen der Kinderkommission widmeten sich dem Thema Kindheit und Militär in Deutschland. Seit der Aussetzung der Wehrpflicht hat sich nach Angaben der GEW der Werbeetat der Bundeswehr in etwa verzehnfacht. Millionen Euro teure bundesweite Imagekampagnen wie zuletzt „mach was wirklich zählt“ sowie um die 1.400 geschulte Rekrutierungsoffiziere werben in der Öffentlichkeit und gezielt in Schulen für den Beruf als Soldat*in.

Das Ziel der Bundeswehr ist es dabei, Jugendliche in der Phase der Berufswahl anzuwerben, um einen

möglichst direkten Übergang von der Schule zur Bundeswehr zu ermöglichen. Um die Präferenz unter jungend Menschen für das Berufssoldatentum zu erhöhen, so die Logik der Bundeswehr, sollen Kinder möglichst viele positive Bilder mit dem Soldatentum verbinden. Es gehe darum zu vermitteln, dass der Beruf Soldat*in sich nicht von anderen Berufen unterscheide. So sollen Bilder von der Normalität des Soldatenberufes, von sozialem Aufstieg durch hohen Sold, Karrierechancen oder gar die Lust am Abenteuer erzeugt werden. Der Versuch der Bundesverteidigungsministerin, der Bundeswehr das Bild eines familienfreundlichen Unternehmens zu geben, ist dabei nur ein Teil der Strategie. Aus Antworten der Bundesregierung auf eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion geht hervor, dass an dutzenden Standorten der Bundeswehr enge Netzwerke zwischen der Bundeswehr und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe existieren. Oft geht es um Kleinigkeiten, wie den freiwilligen Ausbau eines Spielplatzes oder die Bereitstellung des Fuhrparks. Es sind aber auch Ferienfreizeitangebote für Kinder und Jugendliche in Kinderheimen oder die massive Unterstützung durch Spenden, die gesellschaftlich diskutiert werden müssen. Allein in den letzten fünf Jahren überreichte die Bundeswehr an über 85 Einrichtungen Spenden im Wert von 150.000 Euro. Nach Aussagen der Bundesregierung soll durch diese Aktivitäten „das Ansehen der Bundeswehr im Allgemeinen sowie des soldatischen Dienstes im Besonderen gesteigert werden“.

Leider hat die Bundeswehr damit zunehmend auch Erfolg. Allein im vergangenen Jahr 2015 haben sich 1.515 Minderjährige freiwillig und mit Zustimmung ihrer Eltern als Soldat*in verpflichtet. Das entspricht bei insgesamt rund 21.000 Rekrut*innen einer Quote von gut 7%. Auch wenn die Vereinten Nationen (VN) sich seit Jahren darum bemühen, weltweit die

militärische Rekrutierung Minderjähriger zu beenden, sind internationale Abkommen wie die VN Kinderrechtskonvention (KRK) in ihren Schutzbemühungen noch nicht verbindlich genug, als dass Staaten wie die Bundesrepublik Deutschland sich diesem Ziel verpflichtet sähen. Aber es gibt Bewegung auf dem internationalen Parkett. Nachdem seit 2002 insgesamt 106 Staaten das Zusatzprotokoll der UN KRK unterzeichneten, haben immer mehr Staaten ihre nationalen Mindestalter den „straight 18“ Vorgaben der UN angepasst. Allein innerhalb der EU haben in den vergangenen drei Jahren Irland, Luxemburg und Polen das Mindestrekrutierungsalter angehoben.

Welche Folgen für die psychologische Entwicklung junger Menschen sich aus zunehmender gezielter Militarisierung ergeben, aber auch die Frage, was das mit unserer Gesellschaft im Ganzen macht, wird nun Gegenstand der letzten Anhörung der Kinderkommission zu diesem Thema am 17. Februar 2016 sein.